

und trotz großer Anstrengungen war es nicht möglich, sie in jüdische Familien zu bringen. Dieses Problem liegt wie ein schwerer Schatten auf dem holländischen Judentum. Der Kampf um diese jüdischen Kinder geht weiter. (In: Israelitisches Wochenblatt 54 [Zürich, 6. 8. 54] 32. S. 19)

7/13) Zur Rettung der rumänischen Juden

Mit freundlicher Genehmigung des Verfassers, Philipp Kraus, Casablanca, bringen wir aus der in Nürnberg erscheinenden „Auslese“ (Heft II, 1953) den folgenden Beitrag:

Vor 1933 lebten in Rumänien 390 000 bis 420 000 Juden, mit Ausnahme der Sowjetunion waren sie die in Europa wichtigste israelitische Gemeinschaft. Aus einer Aussprache mit dem Oberrabbiner von Kronstadt (Rumänien) und auf die Frage, wo er die Hitlerperiode überstand, gab er mir zur Antwort: „Wo denn sonst als zu Hause!“ — „Und mit diesem langen Bart?“ — „Jawohl; weder mir noch meinen Glaubensgenossen wurde je ein Haar gekrümmt, auch wurden die Judengesetze und die ‚Arisation‘ nie ernstlich durchgeführt.“ „Und wie geschah dieses Wunder in einem Land, das von Hitler als Sprungbrett seiner Kriegsführung gegen Ost und Süd benutzt wurde?“ — „Das ist das unverwundbare Verdienst des Metropoliten in Bukarest, der, als er Kunde davon erhielt, daß Hitler seinen Generalbevollmächtigten (Eichmann) auch nach Rumänien sandte, um dort die Juden zu ‚liquidieren‘, sofort bei diesem persönlich erschien, um ihm kategorisch zu erklären, daß weder er noch seine Kirche oder das rumänische Volk die Aussiedlung der Juden aus Rumänien wünsche.“ Der Gesandte Hitlers kam und ging unverrichteter Dinge, wie einst Bileam, der Priestergesandte des heidnischen Königs der Moabiter, der ihn berief, um das jüdische Volk zu verfluchen. Ja, selbst dieser Heide erklärte seinem königlichen Auftraggeber: „Wenn mir Balak sein Haus voll Silbers und Goldes gäbe, kann ich nur das tun, was Gott mir befiehlt . . .“

„Nicht durch Kraft, nicht durch Macht, nur durch meinen Geist“, heißt es. Leider fehlte es an diesem Geist, vor dem, wie wir aus dem rumänischen Beispiel sehen, auch die dämonischste Gewalt zusammenbricht.

Es hieße Blasphemie betreiben, so wir nicht in tiefster Verachtung auch solcher Priester gedenken würden, die aus rein menschlichen Impulsen Juden beschützten, ohne von ihnen den Gegenwert, die Verleugnung ihres angestammten Glaubens — à la Finaly u. v. a. —, zu fordern . . . Leser meines Artikels, die die Hitlerzeit selbst in Altrumänien überlebten, bestätigen mir die edle Tat, die Intervention beim Betrauten Hitlers, des Metropoliten in Bukarest. Sie berichten aber, daß sich diese nach München, Oktober 1938, weder nach der Bukowina, noch auf das progromenhungrige Bessarabien erstreckte, noch auf Transsylvanien, wo die dort einrückenden Ungarn 150 000 Juden antrafen und Hitler auslieferten, weshalb auch die Juden im Jahre 1942 von der Bukowina jenseits des Dnjester vertrieben und dort zwischen zwei Fronten dem Hungertode ausgeliefert wurden, während dessen jene von Bessarabien, von den Deutschen über den Bug getrieben, das — wie sie es nannten — „dumme Blei“ dort in die Leiber getrieben wurde. Somit schätzen meine Informationen in diesem kleinen Machtbereich Hitlers allein, die dort „liquidierten“ Juden, auf nahezu ½ Million, somit die Zahl der in Altrumänien am Leben gebliebenen Juden, zwischen 3—400 000 variiert — [vgl. Nr. 12/15 S. 42/43].

7/14) „Rassengesetze in Israel?“ / Antisemitische Tendenzmeldung

In einer Münchener Wochenschrift, die sich sichtlich bemüht, in die Fußstapfen des Tausendjährigen Reiches zu treten, erschien kürzlich eine Meldung aus Tel Aviv unter der Überschrift „Rassengesetze“, die — ihrer Kuriosität halber — hier wörtlich zitiert sei. Sie lautete: „Im Staate Israel wurde ein

Gesetz erlassen, nach dem Ehen zwischen Christen und Juden nicht erlaubt sind. Auch Mischehen, die im Ausland geschlossen wurden, werden in Israel nicht anerkannt.“

Diese Meldung ist nicht nur von A bis Z falsch; aus ihrer Stilisierung geht außerdem deutlich hervor, daß ihr Verfasser die Absicht hatte, dem jüdischen Staat und damit selbstverständlich dem Volke ähnliche Begriffe unterzuschleiben, wie sie der Nationalsozialismus mit seinen Nürnberger Gesetzen in Deutschland schaffen wollte. Selbstverständlich werden in Israel alle im Ausland geschlossenen Ehen, wenn sie den jeweiligen Gesetzen des betreffenden Landes entsprechen, anerkannt. Das gilt sowohl für Bürger als auch für Nichtbürger. Eheschließungen innerhalb Israels unterliegen wie in jedem anderen Staate dem Landesgesetz, das im allgemeinen nur die Rabbinats- oder kirchliche Trauung kennt, gleichgültig ob es sich dabei um Juden, Mohammedaner oder Christen handelt, wobei die von den einzelnen Glaubensgemeinschaften geführten Ehestandsregister staatlich anerkannt werden. Da die Religionsgemeinschaften Eheschließungen indes nur dann vornehmen, wenn beide Partner der gleichen Religionsgemeinschaft angehören — und das trifft sowohl auf Juden, Mohammedaner als auch auf die Angehörigen der verschiedenen christlichen Bekenntnisse zu, in Israel ebenso wie in der übrigen Welt — können Mischehen nur zivilrechtlich geschlossen werden. So ergibt sich im Staate Israel das Phänomen, daß die zivilen Standesämter ausschließlich für Mischehen oder Trauungen von Glaubenslosen, deren Anzahl jedoch sehr gering ist, eingerichtet worden sind, während die Bekenntnenden aller Konfessionen sich vor ihren jeweiligen Priestern trauen lassen.

Wenn wir die antisemitische Tendenzmeldung der Münchner Wochenschrift, deren Name keine Erwähnung verdient, ausführlicher kommentiert haben als es im Hinblick auf unsere jüdischen Leser vielleicht notwendig gewesen wäre, so geschah dies vor allem zur Unterrichtung unserer nichtjüdischen Freunde ebenso wie zur Abstattung einer Dankesschuld an die zahlreichen und zumeist unbekannt gebliebenen nichtjüdischen Männer und Frauen, die durch Treue und Liebe zu ihrem jüdischen Ehepartner während der Zeit der Verfolgungen viele Leben gerettet haben. Ihnen sei versichert, daß eine Neuauflage der Nürnberger Rassengesetze ausgerechnet im jüdischen Staate eine geradezu unvorstellbare Absurdität wäre, so absurd, daß nur die eingefleischtesten Antisemiten sie dem Judentum zu unterstellen vermögen. (In: Allgemeine Wochenzeitung der Juden VIII. [Düsseldorf, 2. 4. 54] 52).

7/15) „Licht in der Finsternis“

Das Israelitische Wochenblatt der Schweiz, Nr. 27 vom 2. 7. 54 berichtet:

Ein kleines Ereignis in Jerusalem, welches vom großen Publikum unter „Lokales“ in den Zeitungen fast unbemerkt geblieben ist, ist wert, verzeichnet zu werden.

Ein vermisstes jüdisches Kind, welches von den Eltern mit bangem Herzen gesucht war, wurde nach dreitägigem Aufenthalt auf jordanischem Gebiet von einem Legionär am Mandelbaumtor wohlbehalten den jüdischen Grenzbehörden übergeben. Das zweieinhalbjährige Knäblein, welches über die Grenze herüberspaziert war, wurde von einem Legionär aufgelesen und bei sich zu Hause beherbergt, wo es mit dessen eigenen Kindern gespielt hat. Mit neuer Wäsche, Schuhen und Kleidern ausgestattet, brachte dann der Legionär das Bublein an die Grenze und übergab es der Grenzwatche samt dem Bündel der alten Kleider. Das jüdische Kind hatte sich aber inzwischen an seinen Pflegevater und dessen Familie so angefreundet, daß ihm die Trennung von ihnen sehr schwer war, und der Abschied an der Grenze gestaltete sich sehr rührend und mit Tränen.

Dieses Ereignis hat seitens *Rahel Janait, der Frau des Staatspräsidenten Ben Zwi*, einen Artikel im „Davar“ hervorgerufen mit dem Motto „Licht in der Finsternis“. Die Autorin stellte die schmerzliche Frage, wie lange die unglücklichen

Beziehungen zwischen Israel und seinen Nachbarn fort dauern werden. Ist es nicht möglich, einen Weg zur Pflege menschlicher Beziehungen zu finden, wenn auch nur in einzelnen Fällen, die wie ein Lichtstrahl in der Finsternis zu werten sind. Rahel Janait weiß nicht, ob der Legionär, trotz allem, ihr die Hand reichen würde, sie verspüre aber das Bedürfnis, diesem Araber mit Vaterherz die Hand zu drücken. Bis wann noch der Haß, bis wohin? . . . Ing. M. Settler

*

Der Israel-Informationsdienst (Nr. 32/17 vom 2. 8. 54) meldet:

Noch einige weitere „Taten lichtvoller Menschlichkeit“, die, wie das „Echo der Zeit“ vom 18. 7. 54 schreibt: „die Atmosphäre der Feindschaft an den Grenzen Israels, die durch immer neue Überfälle und Morde genährt wird, verwandelt“: „Am 8. Juni öffnete sich der Schlagbaum am Mandelbaumtor, um Dr. A. J. Beller, dem Chef der neurochirurgischen Abteilung der israelischen medizinischen Fakultät, den Weg ins Niemandsland freizugehen: er war von den jordanischen Behörden gerufen worden, um eine Bewohnerin der Altstadt zu untersuchen. Es handelte sich um die jetzt 22jährige christliche Araberin Maria Malschi, die Dr. Beller seinerzeit in seinem Spital operiert hatte. Nun wurde sie ihm in einem Ambulanzwagen des Roten Halbmonds, von ihrem Gatten und ihrer Mutter begleitet, ins Niemandsland zur Untersuchung entgegengebracht. Dr. Beller konnte auf Grund der Kenntnis ihrer Krankengeschichte die richtige Diagnose stellen und die Therapie vorschreiben, worauf sich die Angehörigen der beiden Staaten mit dem Glücksgefühl trennten, daß der törichte politische Haß menschliche Hilfe nicht ausschließe.“

Am 10. Juni gab ein Beamter des israelischen Gesundheitsministeriums eine Erklärung über das neue Serum gegen Schlangenbisse ab, das aus dem Pariser Pasteur-Institut eingelangt war. Israel hatte dem Pasteur-Institut Gifte zur Verfügung gestellt, die aus regionalen Vipern des Landes „gemolken“ werden konnten: in Paris hatte man das Serum aus dem Blut eines Pferdes gewonnen, das durch Gift-Einspritzungen während längerer Zeit immun gemacht worden war. Die arabischen Staaten Jordanien, Syrien und Liban, haben nun ins Pasteur-Institut Anfragen wegen des Serums gerichtet; und das israelische Gesundheitsministerium hat, ungeachtet des Boykottes Israels durch die arabischen Staaten, wissen lassen, daß das Serum sofort auch an sie geliefert werden könne.

Am 11. Juni schließlich, gab es eine rührende Abschiedsfeier im Spital für verkrüppelte Kinder in der Jerusalemer Neustadt: nach fast achtjähriger erfolgreicher Behandlung wurde der jetzt zwölfjährige kleine Araber Eduard Hania geheilt entlassen, der seinerzeit, vor dem Unabhängigkeitskrieg, mit einer schweren Knochentuberkulose hier eingeliefert worden war. Die Mutter in der arabischen Altstadt hatte das Kind seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten nicht mehr sehen können: nun wurde es ihr feierlich über die Grenze gebracht — und die unsagbare Freude wurde nur durch die Tatsache getrübt, daß sie wirklich unsagbar war: denn der Junge konnte nur noch hebräisch und die Mutter nur arabisch . . .

Im Auf und Ab der Weltgeschichte sind es diese Geschehnisse, die dem Menschen Hoffnung schenken; im Lande, wo einst die Frohbotschaft verkündet worden ist.“

7/16) Weiter nichts?

„ . . . Die ökumenische Bewegung sei von Anfang an für eine christliche Bruderschaft eingetreten, in der es keine Unterscheidung nach Rassen gebe. Deshalb könne sie kein Gesetz gutheißen, das jemanden wegen seiner Rasse in seinem Beruf und in der Ausübung seiner vollen Bürgerrechte beeinträchtige. Gegen einzelne Stimmen sprach sich die überwiegende Mehrheit der Vollversammlung auch gegen Gesetze aus, die rassische Mischehen verbieten. In diesem Zusammenhang wurden antisemitische Vorurteile als mit dem christlichen Glauben unvereinbar erklärt und dem Zentral-

komitee des Weltkirchenrates empfohlen, zusammen mit anderen internationalen Organisationen das Studium des Antisemitismus fortzusetzen . . .“

Diese, dem evangelischen Depd.-Sonderdienst aus Evanston unter dem 29. 8. (in Basler Nachrichten Nr. 366) entnommene Meldung ist bisher das einzige Wort an oder über die Juden, das von der ökumenischen Weltkonferenz der Öffentlichkeit bekannt wurde. Die Selbstverständlichkeit, daß der Jude genau so gut des Christen Mitmensch ist wie der Schwarze oder der Gelbe des Weißen, sollte doch wohl nicht die einzige Aussage sein, die von einer „ökumenischen“ Konferenz laut wird, die sich zum großen Thema der Hoffnung äußern wollte, zu dem doch wahrlich die Christenheit den Juden einiges zu sagen und sich von ihnen über einiges zu befragen lassen hätte, was zentraler mit beiden Glaubensgemeinschaften zu tun hat als die gewiß nicht oft genug einzuprägende Forderung der Nichtdiskrimination des andern. Nach Redaktionsschluß ist uns noch der folgende Text über Evanston zugegangen, den das Oktoberheft 1954 der Herder-Korrespondenz bringt (9. Jg. 4. 1. S. 47). Es ergibt sich daraus, daß auch auf der dortigen Konferenz der Standpunkt vertreten wurde, wiewohl nicht durchzudringen vermochte, die Hoffnung Israels müsse behandelt werden, wo „ökumenisch“ von der christlichen Hoffnung die Rede sein solle:

Ohne Israel? Da forderte plötzlich Dr. Farid Audeh, Präsident des Rates der Evangelischen Kirche in Syrien, mit den Delegierten des Patriarchen von Antiochien und der Koptischen Kirche in Ägypten, der folgende Passus über Israel müsse gestrichen werden: „Das Problem Israel wurde als ein wichtiger Einzelpunkt erörtert, der bei einer Behandlung der christlichen Hoffnung nicht fehlen darf. Das biblische Zeugnis vom Zusammenhang zwischen dem Schicksal Israels und der Erfüllung der christlichen Hoffnung darf nicht beiseite gelassen werden.“ Die Forderung, hierüber zu schweigen, wurde auch durch ein Telegramm des Botschafters von Libanon, Charles Malik, unterstützt, das am 27. August in die Vollversammlung hineinplatzte. Darin heißt es u. a.: „Die Verheißungen an das alte Israel wurden alle in Jesus Christus erfüllt. Es gibt keinen Beweis, daß die paulinische Lehre über die Juden ein irdisches Königreich der Juden am Ende der Tage meint.“ Die Spitze dieses Protestes richtete sich gegen die befürchtete Verwechslung der Lehre von Röm 9—11 mit dem Staate Israel als eines eschatologischen Zeichens (was er vielleicht sogar ist, nämlich als Negation der Verheißung). Tatsächlich wurde der Passus mit 195 gegen 150 Stimmen gestrichen! Allerdings forderte eine Gruppe lutherischer Delegierter, die an dieser „politischen Entscheidung“ Ärgernis nahmen, darunter auch Professor Heinrich Vogel, Berlin, und Dr. Stratenwerth vom Kirchlichen Außenamt der EKD, unter Führung von Dr. Franklin Fry und Dr. Joseph Sittler, der Zentralausschuß solle alles Erforderliche tun, um diese Frage weiter zu studieren und einer Verwechslung zwischen dem theologischen Begriff Israel und dem Staate Israel auszuschließen.

(Wir hoffen, den Rundbrief-Lesern diesen Bericht in Nr. 29 vorlegen zu können.)

7/17) Die Zahl der Juden

Die Zahl der Juden in der Welt wird in dem kürzlich erschienenen „American Jewish Year Book 1954“ mit 11 627 450 angegeben, von denen über fünf Millionen in den USA leben. Nach den USA haben die größte jüdische Bevölkerung Sowjetrußland (2 000 000) und Israel (1 463 000). Deutschland, das vor 1933 600 000 Juden zählte, hat heute nur noch 25 000. Nach Kontinenten verteilt sich die jüdische Bevölkerung folgendermaßen:

Europa	3 424 150	29 Prozent
Amerika	5 860 030	50,5 Prozent
Asien	1 609 520	14 Prozent
Afrika	675 500	6 Prozent
Australien	58 250	0,5 Prozent